

Gehässige Leserbriefe

Erwiderung auf „Die SPD baut Vertrauen auf“, Leserforum vom 14.7.

Ich habe gerade die Zuschrift von Herrn Lück gelesen und mich entgegen meiner Gewohnheit spontan hingesetzt, um all das zu unterstreichen, was er geschrieben hat. Ich bin und war kein SPD-Mitglied, aber langjähriger Politikbeobachter. Was die Sozis in den letzten zwei, drei Jahren angestoßen und auch, teilweise mit Abstrichen aufgrund von CDU-Widerständen, realisiert haben, finde ich sehr beachtlich. Die oft so „besorgten“, manchmal aber auch gehässigen Leserzuschriften angeblicher ehemaliger Wähler oder Parteimitglieder sollten die SPD von ihrem jetzigen Weg nicht abbringen.

Günter Pfaff, Dreieich

Diskussion: frblog.de/toennies-2

Urlauber in Quarantäne

Partys am Ballermann: „Dummheit im Gepäck“, FR-Meinung vom 14. Juli

Danke für diesen Kommentar! Es kann gar nicht genug betont werden, wie gefährlich dieses gedankenlose Verhalten am Ballermann ist. Es droht ein zweites Ischgl und die Gefahr, dass diese Leute das Killervirus erneut über Deutschland verteilen. Dem sollte vorgebeugt werden: Alle Mallorca-Urlauber gehören nach ihrer Rückkehr für mindestens zwei Wochen in Quarantäne. Und zwar nicht in eine häusliche Quarantäne, deren Einhaltung nur schwer zu kontrollieren ist, sondern idealerweise z.B. in „Ankerzentren“ (AnkZ), die ja derzeit weitgehend leer stehen dürften. Nur so kann verhindert werden, dass das Virus erneut Tod und Verderben über unser Land bringt. Andreas Klippel, Frankfurt

Feiern sieht anders aus

Frankreich: „Ein unglücklicher Nationalfeiertag“, FR-Politik vom 15.7.

Das Corona-Virus ist neu und treibt uns um, da geraten schlimmere Bedrohungen schnell aus dem Blick. Es fehlt mir jedes Verständnis dafür, dass angesichts des Klimawandels, wo wir aufgerufen werden, die Bahn statt des Flugzeugs zu nutzen, an Nationalfeiertagen ausgerechnet Flugzeugstaffeln ihre gefärbten Schadstoffe in die Atmosphäre schiecken müssen, sowohl in den USA als auch in Großbritannien. Solches „Muskelspiel“ finde ich 75 Jahre nach Kriegsende ohnehin deplatziert und angesichts der Bedrohung durch den Klimawandel äußerst unglücklich. Feiern sieht anders aus. Annegret Benz, Hamburg



BRONSKI IST IHR MANN IN DER FR-REDAKTION

Schreiben Sie an:
Bronski
Frankfurter Rundschau
60266 Frankfurt am Main

Faxen Sie an:
069 / 2199-3666

Mailen Sie an:
Bronski@fr.de oder
Leserbrief@fr.de

Bitte geben Sie dabei immer Ihre vollständige Adresse an!

Mit der Einsendung erklären Sie sich einverstanden, dass Ihr Leserbrief auch online unter www.frblog.de veröffentlicht werden kann.

Diskutieren Sie mit!

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zur Veröffentlichung zu kürzen.

LESERBRIEFE ONLINE

Alle Leserbriefe dieses Leserforums wurden auch online veröffentlicht – im FR-Blog, der Fortsetzung des Print-Leserforums im Internet. Lesen Sie hier: frblog.de/lf-20200713
Folgende Themen stehen derzeit im FR-Blog zur Diskussion:
Rechtsextreme in der Polizei
Ende der Maskenpflicht?
Mindestlohn und Armut
Brauchen wir die Wehrpflicht?
Und weitere mehr. Eine Übersicht über alle Themen gibt es hier: frblog.de/aktuell

FR ERLEBEN

Manuel Almeida Vergara diskutiert im „Modcast“ mit Patrice Bouédibéla über den Sinn einer „Frankfurt Fashion Week“.
Die Ausgabe des Mode-Podcasts ist abrufbar auf fashionunited.de/modcast.podigee.io

Andreas Schwarzkopf spricht mit Nicole Deitelhoff von der Hessischen Stiftung Friedens- und Konfliktforschung (HSFK) über „Sündenböcke und Verschwörungstheorien: Spaltet Corona die Gesellschaft?“
Verfolgen Sie das Gespräch, das von Heinrich-Böll-Stiftung, HSFK und Frankfurter Rundschau veranstaltet wird, per Livestream auf Youtube. Sie können auch mitdiskutieren unter
Dienstag, 28. Juli, 19 Uhr
boell-hessen.de/YouTube

Standardmaßnahmen sind unterblieben

Rechtsextreme in der Polizei: „Das Schweigekartell“, FR-Meinung vom 11. Juli

Der Kampf gegen Rassismus ist damit nicht zu Ende

Wie die Frankfurter Rundschau berichtet, hat sich der Landespolizeipräsident Udo Münch in den vorzeitigen Ruhestand verabschieden lassen. Nun kann der Innenminister von Hessen, Herr Beuth (CDU), ruhigen Gewissens seine nicht nachweisbaren Recherchen nach den Tätern in der hessischen Polizei fortsetzen. Korrekt wäre gewesen, er hätte den Hut genommen und wäre aus der Landespolitik verschwunden.

Eindeutig hat man hier ein Bauernopfer gefunden, das, da er in Kürze sowieso in den Ruhestand gegangen wäre, keine großen finanziellen Verluste hinnehmen muss. Wer aber denkt, damit wäre die Affäre um die Datenweitergabe von Polizeicomputern erledigt, wird enttäuscht sein, denn die Bedrohung von Menschen, die sich gegen den Antirassismus in Deutschland auflehnen und ihn bekämpfen, wird hiermit nicht enden.

Helmut Usinger, Offenbach

Die Verfassungstreue der Staatsdiener

Zu meiner Zeit - ich bin 75 Jahre alt - wurde noch öfter der Begriff „Nibelungentreue“ gebraucht. Eine Form bedingungsloser, emotionaler und potentiell verhängnisvoller Treue“. Letztendlich ist das „Schweigekartell“ eine Folge jener verhängnisvollen Treue, die offenbar in den Kreisen der Sicherheitsbehörden herrscht und die es so schwer macht, die „unfassbaren Vorgänge“, so Beuth, aufzuklären.

Mir scheint, auch manche Politiker wie Herr Seehofer und Herr Beuth zeigen diese Form der bedingungslosen Treue. Wie könnte man sich sonst erklären, dass Hessens Innenminister sich damit begnügt, die Polizisten zu fragen, ob sie Demokraten seien? Ja um Himmels Willen, wer von ihnen wäre so dumm, nein

zu sagen? Unser aller Innenminister Seehofer, lehnt eine Studie über „Racial Profiling“ durch die Polizei ab mit der Begründung, er sei gegen die Stigmatisierung einzelner Berufsgruppen. Dabei tun doch offenbar einige Mitglieder dieser Berufsgruppe alles dazu, eben diese Polizei in ein schlechtes Licht zu rücken.

Wie anders wurde dagegen die Verfassungstreue der Staatsdiener geprüft, als es nach 1968 darum ging, gegen „Linksextreme“ vorzugehen. Damals genügte oft schon die flüchtige Bekanntheit mit einem Mitglied einer linken Partei, in manchen Bundesländern sogar die Mitgliedschaft in der SPD (eigene leidvolle Erfahrung) um einen vom Staatsdienst fernzuhalten.

Es stimmt wohl, dass manche in diesem unserem Lande auf dem rechten Auge blind sind. Sind denn die grauenhaften Ereignisse während des Nationalsozialismus schon vergessen? Armes Deutschland!

Christa Krefß, Gelnhausen

Gehören unsere Politiker auch zum Schweigekartell?

Wir müssen uns bewusst machen, dass nach dem Zweiten Weltkrieg die Dienste natürlich mit dem Personal aus den 1930ern bestückt wurden. Nicht nur die Sicherheitskräfte, auch die Justiz und Lehrkräfte. Somit war das Gedankengut dieser Epoche erhalten und schon damals „verfestigt“, und nicht erst jetzt, wie Pitt von Bebenburg schreibt.

Einige der ehemaligen Angestellten sind inzwischen ausgeschieden, die Gesinnung ist anscheinend geblieben, siehe die verschiedenen Skandale um Hans-Georg Maaßen (ehemals Bundesamt für Verfassungsschutz) und der sehr eigenartige Versuch der Sicherheitsbehörden, die NSU Morde aufzuklären. Auch die stockende Verfolgung der Morddrohungen durch „NSU 2.0“ (seit 2018!) und der Skandal um die KSK sind Belege

dafür, dass man immer noch nicht willens ist, das nationalsozialistische Gedankengut und dazugehörige Gesinnung aus öffentlichen Behörden zu entfernen. Da liegt das eigentliche Problem: Die Dienste werden nicht unterwandert, sie sind schon ewig unterwandert.

Wir können nur hoffen, dass Thomas Haldenwang seit November 2018 Präsident des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV), eine Änderung der Gesinnung einleiten kann. Das kann nur geschehen mit entsprechenden Botschaften aus höchster Ebene. Eine Botschaft wäre eine lückenlose und vor allen Dingen transparente Aufklärung und entsprechende Ahndung innerhalb der KSK und der Verantwortlichen, die hinter „NSU 2.0“ stecken. Also nicht wieder mit geschwärtzten Dokumenten und geschredderten Beweisen die Bürger abspesen.

Und größere Sorgfalt bei der Auswahl von Personal schon bei der Bewerbung! Die Ausbildung hat einen maßgeblichen Einfluss auf die Einstellung und Vorgehensweise der Bediensteten. Hier werden die Weichen gestellt, wie sich zukünftige Angestellte verhalten. Zum Beispiel sollten Bedienstete nicht nur die Menschenrechte kennen, sondern auch, warum deren Einhaltung wichtig ist für das Überleben des Rechtsstaates und der Demokratie. Und warum ein Rechtsstaat und eine Demokratie für alle Bürger von Vorteil ist.

Noch wichtiger wäre eine Kultur des innerbetrieblichen Diskurses zu schaffen, wo auch in der Kaffeepause diese heiklen Themen diskutiert werden. Es liegt an den „Oberen“, diese Diskussionen (zum Beispiel zu Morddrohungen gegen rechtsschaffene Bürger) einzufordern, unabhängig von weiteren Untersuchungen. Nur so kann das „Schweigekartell unterwandert“ werden! Aber es braucht einen politischen Willen! Den sehe ich nicht. Heimo Posamentier, Bad Soden

Diskussion: frblog.de/polizei-rechts

Küchenpsychologische Tiefenanalyse

Zu: „Klassenlose Gewalt“, FR-Meinung vom 6. Juli

Ja! Unmissverständlich ist festzustellen: Sexuelle Gewalt gegen Kinder und Frauen ist in keiner Weise so rechtfertigen oder zu verharmlosen. Missbrauch in jeder Form muss rechtsstaatlich aufgeklärt, verfolgt und bestraft werden. Ein kritischer Feminismus, der diese Missstände laut anklagt und anprangert, ist zu begrüßen und zu unterstützen.

Nein! Die kruden und undifferenzierten Thesen dieses Leitartikels sowie die Pauschalverurteilung von Männern als dumpfe Triebwesen sind hanebüchen und von seltener Arroganz. Sexuelle Belästigung, so die Leitartiklerin, und auch alltäglicher Sexismus, sexualisierte Gewalt gegen Frauen und Kinder „entstammen dem gleichen Boden“: den männlichen Begierden. Sexualisierte Gewalt werde von

Männern als Mittel zur Diskriminierung und männlicher Machtsicherung eingesetzt.

Ohne Ausnahmen, wirklich alle Männer? Ja! So die überzeugte Anklägerin. Die geeigneten Leserinnen und Leser dürfen an der Erkenntnis teilhaben, dass selbst der „Alltagsmann“ eingesehen habe, dass er nicht mehr gefahrlos ausbeuten, dominieren und belästigen könne. Oberflächlich betrachtet demonstrierte der gelehrige „Alltagsmann“ zwar seinen guten Willen. Aber eben nur oberflächlich! Tief unter der Oberfläche von Rationalität, Aufklärung und Bewusstsein stehe letztlich für das linearkausal geschlossene Männerbild der Autorin „das männliche Recht, sich sexuell ungehemmt ausleben zu dürfen.“

Aber nicht nur Männer haben ein Problem, sondern der Verfasserin zufolge haben wir „in dieser Gesellschaft ein Männerproblem“. Aber, so die besorgte Frage der eifrigen Feministin: Welcher Politiker, welche Politikerin fordere, diese strukturellen Gewaltverhältnisse der „männlich dominierte(n) Gesellschaft zu zerstören“, zu transformieren und damit zu überwinden?

Die undifferenzierte Einseitigkeit dieser küchenpsychologischen Tiefenanalyse machen fassungslos. Wie soll die Überwindung und Transformation der strukturellen Gewalt einer männlich dominierten Gesellschaft aussehen? Müssen sich nach dieser Argumentation nicht Bilder aufräumen, die auch schlichte Gemüter sich kaum noch vorstellen wollen? Bernd Lucka, Münster